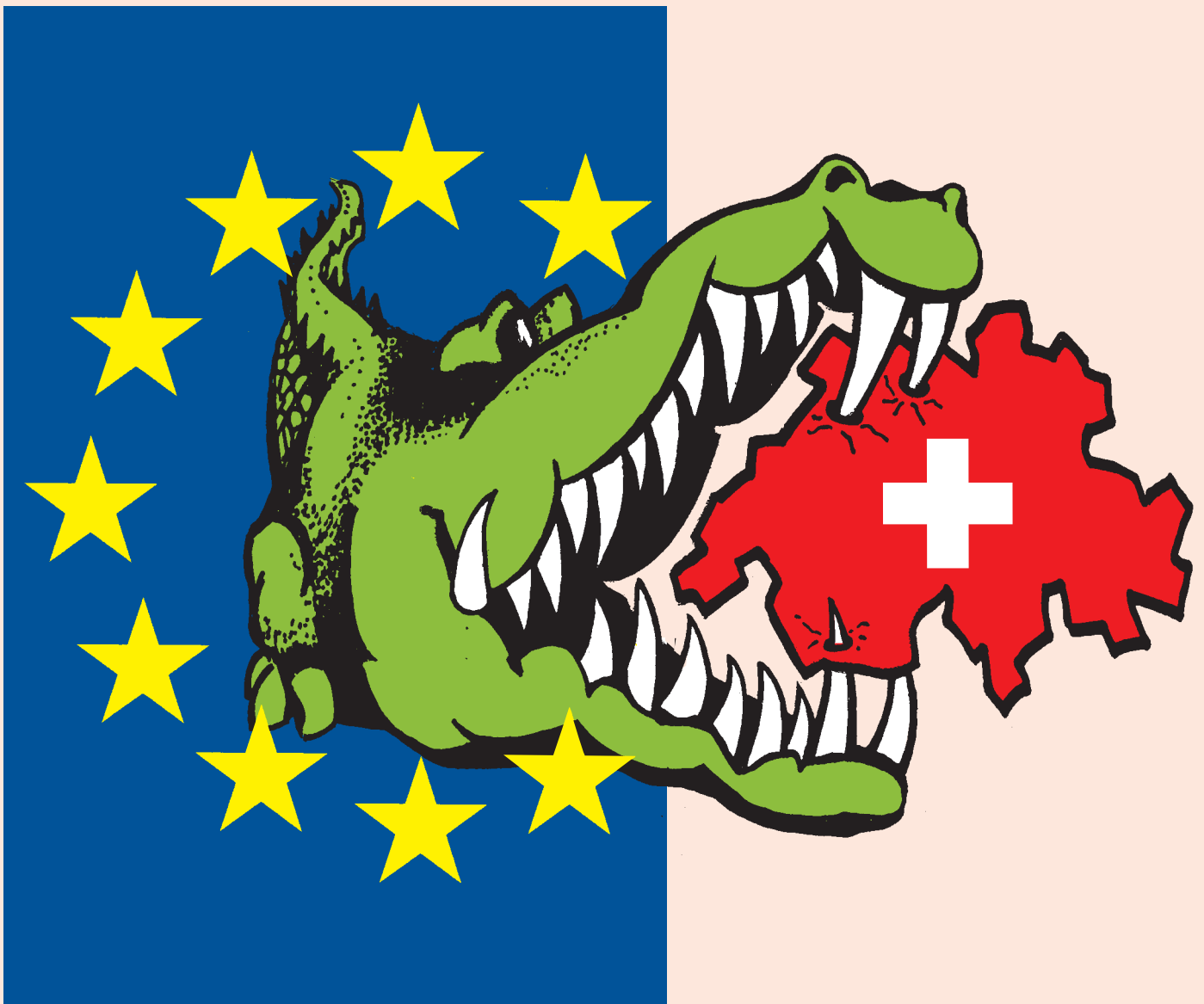


Zügelloser **EU-Appetit** auf die Schweiz!



LESERBRIEFE

IMMER MEHR ÜBERGEORDNETES RECHT

Es ist erstaunlich, dass Abstimmungen wie die Verwahrungsinitiative einfach durch sogenannt übergeordnetes internationales Recht gedreht werden können. So wird das Schweizer Volk betrogen. Ich habe den Eindruck, dass wir infolge der bilateralen Verträge und durch den UNO-Beitritt immer mehr «übergeordnetes» Recht übernehmen müssen, das wir nicht wollen und nie beschlossen haben. Hier stimme ich Bundesrat Blocher zu.

Andreas Ungricht, Grossrat, Basel

STANDORT SCHWEIZ

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz ist nach wie vor sehr gut. Allerdings laufen wir Gefahr, diese Vorteile zu verlieren. Die Angriffe der EU auf unser Bankkundengeheimnis oder das föderale Steuersystem sind Beispiele dafür. Weitere werden mit Sicherheit folgen. Dabei interessiert es die EU sehr wenig, dass damit unsere direkte Demokratie auf dem Spiel steht. Der EU geht es ausschliesslich um Eigeninteressen.

Peter Simon Kaul, Radebeul, BRD

MASSIVE MEHRKOSTEN FÜR SCHENGEN

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 1.10.2004 zu Schengen/Dublin von Mehraufwendungen von 8,2 Millionen Franken für das Jahr 2006, von 7,3 Millionen für 2007 und von 6,6 Millionen Franken für 2008 gesprochen.

In ihrer Antwort vom 28.3.2007 auf meinen Vorstoss beziffert die Landesregierung die entsprechenden Kosten jetzt sage und schreibe auf 82 Millionen Franken. Die Ratifizierung des Abkommens hat sich stark verzögert, die Inbetriebnahme des verbesserten Schengen-Informationssystems (SIS II) stockt.

Der Bundesrat fügt an, dass sich der Schengener Besitzstand weiterentwickle und dass «gewisse neue

Massnahmen» (beispielsweise die Grenzschutzagentur Frontex in Warschau) voraussichtlich zusätzliche Kosten zur Folge haben werden.

Wer wundert sich da noch, dass sich immer mehr Bürger und Steuerzahler verschaukelt vorkommen!
Jasmin Hutter, Nationalrätin, Altstätten

«DIE AUNS IST NICHT DIE SVP»

(Zum Sonntagsinterview «Meine Partei macht auf Obstruktion» in der «Südostschweiz» vom 5.8.2007 mit SVP-Nationalrat Weyeneth)

Ich gratuliere der Redaktion zum interessanten und amüsanten Interview mit dem «Widerspenstigen» und «Bauernschlau» aus Bern. Allerdings ist es immer auch ein Zeichen von Schwäche und Frustration, wenn ein abtretender Politiker seiner Partei noch rasch an den Karren zu fahren versucht. Es wäre würdevoller, wenn Weyeneth jetzt schweigen würde, gemäss dem biblischen Grundsatz «Schweigen hat seine Zeit und Reden hat seine Zeit.»

Nun zur AUNS: In der redaktionellen Einleitung zum Interview wird behauptet, Weyeneth halte «gar nichts» von der AUNS. Das ist falsch. Denn seine zentrale Aussage lautet: «Die AUNS-Equipe ist nicht die SVP. Und die SVP ist nicht die AUNS.»

Damit hat Herr Weyeneth völlig Recht. Denn bekanntlich ist die AUNS keine Partei, sondern die überparteiliche Lobby für eine unabhängige und neutrale Schweiz. Unter den über 46 000 Mitgliedern hat es logischerweise vor allem Leute aus bürgerlichen Parteien sowie Parteilose. Wir haben aber auch einige SP-Mitglieder und Grüne. Sie alle wollen als gemeinsames Dach eine unabhängige, neutrale und weltoffene – und deshalb erfolgreiche – Schweiz, die sich nicht in die EU und in andere Grosskonstruktionen einbinden lässt. Genau das will auch unsere Bundesverfassung. Was ist daran so schlecht?

Elvira Hengeveld, Zizers

BEACHTEN SIE DIE BEILAGE!

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN VOM 21. OKTOBER 2007

FÜR EIN PARLAMENT, DAS ZUR SCHWEIZ STEHT!

Am 21. Oktober 2007 wählen wir unser Parlament. Blicken wir auf die vergangenen vier Jahre zurück, so stellen wir fest, dass die Parlamentsmehrheit immer wieder Entscheide gegen die Interessen unseres Landes gefällt hat. Deshalb haben wir jetzt dafür zu sorgen, dass die Macht beim Souverän, dem Schweizer Volk, bleibt. Die AUNS hat wiederum eine umfassende Wahlempfehlung erarbeitet.

Die Wahlempfehlung kann für die Weiterverbreitung nachbestellt werden: AUNS-Geschäftsstelle:

Telefon 031 356 27 27, E-Mail: wahlen@aus.ch

FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT

MISSBRAUCH DES VÖLKERRECHTS ZUR BESCHNEIDUNG DES VOLKSWILLENS

Nationalrat Luzi Stamm, Vizepräsident der AUNS, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates



Seit neuestem wird versucht, unsere direkte Demokratie mit angeblich übergeordnetem Völkerrecht auszuhebeln.

Schon immer haben elitäre Kreise Mühe gehabt, sich mit den Schweizer Volksentscheiden abzufinden. Neu ist jedoch die Tendenz, juristische «Experten» einzuspannen, um dem erstaunten

Stimmbürger zu «beweisen», er habe nun nichts mehr zu sagen: Nicht mehr die Schweizer Bevölkerung, sondern ausländische Polit- und Juristengremien seien zuständig, die massgebenden politischen Entscheide zu fällen.

Juristen und Gerichte mischen sich immer mehr in politische Angelegenheiten ein. Man denke an die «Verwahrungsinitiative». Weshalb soll es dem internationalen Recht widersprechen, wenn das Schweizer Volk für gewisse Straftäter lebenslängliche Freiheitsstrafen vorschreibt, bei denen es keine vorzeitige Entlassung mehr gibt? In der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) steht kein solches Verbot, auch wenn sich die Gegner der Verwahrungsinitiative nun auf die EMRK berufen. Das Problem liegt nicht beim Völkerrecht, sondern darin, dass die «Experten» behaupten, ihre juristische Auslegung sei höher zu gewichten als der Wille des Schweizer Volkes.

Besonders offensichtlich werden die Einmischungsversuche bei den Themen Einwanderung/Einbürgerung. Wieso sollte ein Land wie die USA nicht das Recht

haben, kanadische Einwanderer anders zu behandeln als solche aus anderen Kontinenten? Wieso sollte nicht auch die Schweiz das Recht haben, Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Ländern unterschiedlich zu behandeln, indem z.B. Angehörige unserer fünf Nachbarländer rascher eingebürgert werden, während bei anderen Nationalitäten die Einbürgerungs-Hürden verschärft werden? Wenn Juristen behaupten, gemäss geltendem Völkerrecht hätten alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft dieselben Rechte, so ist das schlicht und einfach nicht wahr. Wer so argumentiert, will neue politische Regeln durchsetzen.

Typisch ist, dass linke Kreise, die sich immer wieder auf angeblich bestehendes internationales Recht berufen, dann aber plötzlich alles anders sehen, wenn es um eigene politische Ziele geht. So zum Beispiel bei den alternativen Energien: Im März 2007 beschloss das Schweizer Parlament, aus Umweltschutzgründen einheimischen Biotreibstoff (im Gegensatz zum ausländischen) von Steuern zu befreien. Der Bundesrat hat nun aber bei der Umsetzung des entsprechenden Mineralölgesetzes erklärt, er werde den Willen des Parlaments missachten, weil die Gesetzesänderung internationalen Vereinbarungen widerspreche. Es spricht Bände, was SP-Nationalrätin Marty Kälin dazu im Tages-Anzeiger vom 11.7.2007 ausführte: «Das Vorgehen des Bundesrates ist unverschämte. Er muss umsetzen, was das Parlament beschliesst», internationale Bestimmungen und Verträge hin oder her. Sobald es den eigenen Zielen nützt, ist offenbar die nationale Souveränität plötzlich wieder etwas wert...

EU-RECHT ÜBER NATIONALEM RECHT?

Das Recht der EU steht über nationalem Recht. Diesen Grundsatz hat der Europäische Gerichtshof (EuGH), das höchste Gericht der EU, im Juli 2007 bekräftigt. Nationale Gerichte dürfen sich nicht über EU-Recht hinwegsetzen und müssen gegebenenfalls heimische Gesetze und Vorschriften ausser Acht lassen. Der EuGH unterstrich, dass nationale Gerichte zwar das Recht hätten, die Gültigkeit von Rechtsakten der EU prüfen zu lassen. Sie seien aber nicht befugt, deren Ungültigkeit selbst festzustellen. [DPA, 18.7.2007]

AUNS-Standpunkt: Zusätzlich zu den fragwürdigen und demokratiefeindlichen Entscheiden des Bundesgerichtes brauchen wir nicht noch fremde Richter aus der EU!

WIRTSCHAFTSPROFESSOR FRANZ JAEGER: «NATIONALBANK IST EIN PRUNKSTÜCK»

«Die Notenbank als Prunkstück schweizerischer Wachstums- und Standortpolitik wird auch in Zukunft ihr segensreiches Wirken nur entfalten können, solange sie international eigenständig und politisch unabhängig bleibt. Ihre Autonomie gilt es deshalb wie ein Kleinod gegen jeden Versuch der politischen Einmischung oder der Einbindung in ein anderes Währungssystem abzuschirmen.» [Finanz und Wirtschaft, 30.6.2007, Auszug]

AUNS-Standpunkt: Mit dem EU-Beitritt verlieren wir unsere Nationalbank und somit eines der wichtigsten Instrumente für die Volkswirtschaft.

BEITRITTSUNTERLAGEN, AKTUELLES UND TERMINE
FINDEN SIE AUF WWW.AUNS.CH

AUNS Klartext

Nr. 119 September 2007



PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

INHALT

LESERBRIEFE	2
EIDGENÖSSISCHE WAHLEN VOM 21. OKTOBER 2007	2
FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT	3
SPALTE DES PRÄSIDENTEN	4
NEUER WERBEPROSPEKT	4
DIREKTE DEMOKRATIE / DER SOUVERÄN	5
NEUTRALITÄT	5/6
AUNS «JEUNESSE»	6
EU-FOKUS	7
UNO	7
STANDORT CH	8
MITGLIEDERWERBUNG	8

Titelseite:

Frontseite des neuen AUNS-Werbeprospektes

Adresse: AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113,
Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27,
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch,
Postkonto: 30-10011-5

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist die grösste überparteiliche Volksbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit.

Die Ziele der AUNS (Art. 2 der Statuten):

- Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Die Statuten der AUNS sind auf www.auns.ch abrufbar.

SPALTE DES PRÄSIDENTEN

FREIHEIT STATT BEVORMUNDUNG



Vor den Wahlen 2003 haben viele bürgerliche Politiker ihre Hauptanliegen für die nächsten vier Jahre in Bern proklamiert: Weniger Bürokratie! Weniger Gesetze und Vorschriften! Mehr unternehmerische Freiheit! Und was ist passiert? In den Jahren 2004 bis 2007 sind über 650 Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse in Kraft getreten. Allein im Jahr 2007 werden über 700 Vorschriften des Parlamentes, des Bundesrates und der Departemente rechtskräftig. Hinzu kommen jährlich Hunderte von kantonalen und kommunalen Vorschriften. In der bald zu Ende gehenden Legislatur sind also mehr Gesetze und Vorschriften produziert worden als je zuvor.

Der undurchsichtige Gesetzesdschungel wächst und wächst, die Menschen werden täglich mehr und mehr bevormundet und die Freiheit des Menschen und der Gesellschaft bleibt auf der Strecke. Auch wenn vor den Wahlen 2007 wieder «Weniger Bürokratie» und «Weniger Gesetze und Vorschriften» von den lächelnden Plakaten verkündet wird, so sind solche Bekenntnisse sehr kritisch zu hinterfragen. Ist der einzelne Kandidat oder die einzelne Kandidatin auch wirklich so standfest, sich gegen die zunehmende Gesetzesflut aufzubauen und sich das Etikett des Rechtspolitikers anzuhängen?

Wer sich für Freiheit einsetzt, muss sich auch für mehr Selbstverantwortung einsetzen. Bevor nach der Hilfe des Staates gerufen wird, muss jeder Mensch aus eigener Kraft sein Bestes leisten. Für das eigene Glück ist nicht der Staat verantwortlich. Setzen wir uns zur Wehr gegen die Bevormundungen von der Wiege bis zur Bahre und setzen wir uns kompromisslos ein für unsere Freiheit.

Ich wünsche allen eine glückliche Hand beim Ausfüllen des Wahlzettels!

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

NEUER WERBEPROSPEKT!

Kurz und bündig sagt der neue AUNS-Werbeprospekt, um was es geht: Die EU attackiert unser Land permanent. Die Schweiz soll ihre Standortvorteile preisgeben und noch mehr an Brüssel bezahlen.



Gegen diesen EU-Imperialismus wehrt sich die AUNS. Bestellen Sie den kostenlosen Prospekt und werben Sie neue Mitglieder. Benützen Sie den Bestellschein in der Beilage oder das Internet: www.auns.ch
Vielen Dank.

SOUVERÄNE SCHWEIZ – ERFOLGREICHE SCHWEIZ!

Alle internationalen Ranglisten über die Wettbewerbsfähigkeit, die wirtschaftliche Leistungskraft und die Lebensqualität weisen unserem Land einen Spitzenplatz zu. Dieser Erfolg hat massgeblich mit der Volkssouveränität zu tun: Mit der direkten Einflussnahme durch das souveräne Volk werden Schranken gesetzt gegen die EU-Anpasserei und die überbordende Ausgaben- und Gesetzesfreudigkeit der Politiker.

Dies mit Erfolg: Seit etlichen Jahren beträgt die in der Verfassung verankerte Mehrwertsteuer 7,6%, denn die kleinste Erhöhung braucht die Zustimmung des Volkes und der Stände. Anders bei den Bundesausgaben, wo das Parlament entscheidet: Seit 1990 ist die Verschuldung des Bundes von 38,5 Milliarden auf rund 130 Milliarden Franken explodiert.

Mit dem schleichenden EU-Beitritt und der Übernahme von immer mehr EU-Recht und -Folgerecht geben wir unsere Souveränität zunehmend preis – so bei der Grenzkontrolle, im Waffenrecht, in der Visapolitik, beim Bankkundengeheimnis, bei der Ostzuwanderung usw. Gleichzeitig werden unsere Volksrechte durch sogenanntes Völkerrecht ausgehebelt.

Die AUNS-Volksinitiative zur Stärkung der Volksrechte ist deshalb dringender denn je. Wichtige internationale Abkommen sind nur rechtens, wenn sie das doppelte Ja von Volk und Ständen erreichen.

Hans Fehr, AUNS-Geschäftsführer



Ein EU-Beitritt legt das Schweizer Volk in Fesseln!
(Photo: Verlag Photohaus Fritz Lauener, 3823 Wengen)

KAMPF DEN BRÜSSELER ZOLL- UND STEUER-VÖGTEN

Nachdem die EU bereits die Steuerhoheit der Kantone angegriffen hat und uns das EU-Land Deutschland beim Luftverkehr schikaniert, sollen Schweizer Firmen nun auch noch gezwungen werden, Warentransporte aus Drittländern bis zu 24 Stunden im Voraus bei den EU-Grenzposten anzumelden. «Die Haltung der EU hat uns überrascht»,

stellt Staatssekretär und Unterhändler Jean-Daniel Gerber fest [NZZ am Sonntag, 19.8.2007].

Was will Brüssel – in landesverräterischer Weise unterstützt von SP-Exponenten und andern Anpassern – eigentlich noch mehr? Wir liefern den EU-Ländern jährlich gegen 400 Millionen Franken aus der Zinsbesteuerung ab; wir zahlen 1 Milliarde Franken an die EU-Oststaaten und zusätzlich Hunderte von Millionen an Rumänien und Bulgarien; und wir zahlen über 30 Milliarden Franken für die NEAT.

« Die Schweiz soll nicht in die EU.
Sind wir einmal dabei,
geht es den Tieren an den Kragen. »

Malini Gloor im Blick vom 6.6.2007

AUNS-Standpunkt: Nicht nur den Tieren würde es an den Kragen gehen ...!

NEUTRALITÄT

SCHWEIZERISCHE NEUTRALITÄT «AD ACTA» LEGEN?



Anlässlich eines Kommandowechsels bei der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe ISAF in Afghanistan im Sommer 2006: Schweizer Fahne u.a. neben den NATO-Staaten USA und Grossbritannien... Obwohl dem ISAF-Mandat eine Uno-Resolution zugrunde liegt, ist der ISAF-Einsatz keine Blauhelm-Mission, und die Führung liegt bei der NATO. Ist das glaubwürdige Neutralitätspolitik?

(Photo: ARCC-Journal, Allied Rapid Reaction Corps, Sommer 2006.)

Lesen Sie auf der nächsten Seite die Beurteilung der AUNS!

Die grösseren Parteien der Schweiz wollen unsere Neutralität entweder «ohne grosses Aufsehen ad acta legen» (SP), sie wollen sie «allenfalls neu definieren» (CVP), sie bleiben relativ diffus und sagen, was die Neutralität *nicht* ist – «Neutralität ist keine Religion» (FDP), oder sie erklären sich zur «Neutralitätspartei» und werten die schweizerische Neutralität als «beste Überlebensstrategie für unseren Kleinstaat» (SVP).

Die AUNS stellt fest:

Die schweizerische Neutralität ist ein Erfolgsmodell. Sofern der Grundsatz der Nicht-Parteinahme und Nicht-Einmischung in fremde Konflikte durch die offizielle Schweiz strikt eingehalten wird, ist unsere Neutralität eine ideale Plattform für unser humanitäres Engagement und für eine erfolgreiche Friedensdiplomatie.

Die Neutralität schützt uns vor den Wünschen der «Eliten», vor Kriegsbegeisterung, vor Medien-Manipulation, vor eifertigem Nachgeben unter Druck. Sie errichtet, zusammen mit dem Milizsystem, eine hohe Schwelle für den Einsatz der Armee. Sie bewahrt uns vor aussenpolitischen Abenteuern und sorgt für Sicherheit und Stabilität.

Aber die Neutralität ist nicht gratis. Sie braucht standfeste, selbstbewusste Politiker, Diplomaten und Militärs, die nicht auf fremden Applaus angewiesen sind.

AUNS-Standpunkt: Genau solche Persönlichkeiten sind in Bundesbern leider eine Mangelware; unsere Neutralität wird mehr und mehr ausgehöhlt und ihrer Substanz beraubt.

Die AUNS-Geschäftsstelle hat deshalb ein «**Schwarzbuch**» der schweizerischen Neutralität ausgearbeitet, welches demnächst bestellt werden kann. Das «Schwarzbuch» listet die Verstösse gegen unsere Neutralität auf, zeigt ihren existenziellen Nutzen für unser Land auf und fordert Massnahmen, um neutralitätspolitische Irrwege zu korrigieren.

Jetzt schon erhältlich:

«Das Wesen der schweizerischen Neutralität» von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, 8 S., gratis. Mit der Bestellkarte in der Beilage oder auf www.auns.ch bestellen.

AUNS «JEUNESSE»

«ALLGEMEINE WEHRPFLICHT AUS DER SICHT EINES JUNGEN OFFIZIERS»

Von Christian Werner, Gemeinderat und Nationalratskandidat, Olten SO



Laut der kürzlich veröffentlichten ETH-Studie «Sicherheit 2007» will fast jeder zweite Schweizer Stimmberechtigte die allgemeine Wehrpflicht abschaffen.

Dieses besorgniserregende Resultat ist kennzeichnend für den weit verbreiteten Egoismus in unserer Gesellschaft.

Ist die allgemeine Wehrpflicht veraltet und sinnlos geworden?

Seit Jahrzehnten wird vor allem von linken Kreisen in den Schulen und Medien die grenzenlose Selbstverwirklichung gepredigt. Kinder und Jugendliche werden darauf getrimmt, die möglichst weitgehende Realisierung der eigenen **Sehnsüchte** und **Wünsche** als oberstes Ziel zu definieren. Daraus resultiert, dass im Zentrum des Denkens das egoistische Individuum steht und junge Menschen nicht mehr bereit sind, eigene Ansprüche zugunsten eines Kollektivs zurückzustellen.

Diese Problematik hat längst auch in der Armee Einzug gehalten. Die Rekruten sind oftmals nicht mehr bereit, ihre individuellen Wünsche der Auftrags Erfüllung und dem Erfolg des ganzen Verbands unterzuordnen.

Daher scheint mir gerade in der heutigen Zeit des «vergötterten» Individualismus die allgemeine Wehr-

pflucht immens wichtig zu sein. So stehen die Jungen eine gewisse Zeit lang im Dienste ihres Vaterlandes und dessen Bevölkerung. Sie lernen, das Wohlergehen der Gesellschaft in den Vordergrund zu stellen und werden auf die Bedürfnisse anderer sensibilisiert.

Weiter werden im Militär Disziplin, gegenseitige Achtung und Sozialkompetenz gefördert. Als Soldat kann man sich nicht wie im Zivilleben aussuchen, mit wem man seine Zeit verbringt. Dies zwingt einen dazu, sich mit den verschiedensten Persönlichkeiten auseinander zu setzen und zu arrangieren. Diese Erfahrungen und die erworbene Sozialkompetenz sind für junge Menschen in der heutigen Zeit äusserst wertvoll.

Hinzu kommt, dass die körperliche Ertüchtigung viel zu einer besseren Fitness beiträgt, was mit Blick auf die zunehmende Problematik des Übergewichts nicht unbedeutend ist.

Meines Erachtens braucht es in der Schweiz ein Umdenken: weg von der blossen Selbstverwirklichung. Wir brauchen eine Alternative zum linken Humanismus. Die bürgerlich-konservativen Kreise sind gefordert, alles daran zu setzen, dass uns die bewährte allgemeine Wehrpflicht – notabene der Grundgedanke der Miliz – auch in Zukunft erhalten bleibt.

Als Politiker und überzeugter Milizoffizier will ich etwas dazu beitragen. Daher kandidiere ich am 21. Oktober im Kanton Solothurn auf der Liste der Jungen SVP für den Nationalrat.

«WÄRE DIE EU EINE FIRMA, SÄSSEN ALLE EU-KOMMISSARE LÄNGST IM GEFÄNGNIS.»

PRO TAG 1 MILLION EURO

EU-Brüssel gilt als idealer Nährboden für Vetternwirtschaft und Korruption, schreibt der Spiegel in seiner Ausgabe vom 28.8.2007.

Im Jahr 2006 wurden 12 092 sogenannte Unregelmässigkeiten (!) aufgedeckt. Den Gesamtschaden für die EU-Kassen schätzt die EU-Kommission auf 1 Milliarde und 155 Millionen Euro, davon seien 323 Millionen Euro durch Betrug verloren gegangen (also 1 Mio. Euro pro Tag). Tatsächlich dürfte die Summe noch höher sein. Ein britischer EU-Parlamentarier kommt zum Schluss: «Wäre die EU eine Firma, sässen alle EU-Kommissare längst im Gefängnis.»

EU-VERFASSUNGSVERTRAG BEINHÄLTET 95 PROZENT DER GESCHEITERTEN VERFASSUNG

Die EU arbeitet derzeit fieberhaft an einer Neufassung des «Verfassungsvertrages». Schon im Oktober 2007 soll das endgültige Ergebnis vorliegen: ein «hässlicher Änderungsvertrag», der 95% der Substanz des alten Vertrages enthält und den Bürgern als «völlig neuer» Vertrag verkauft werden soll. An der Aushöhlung des deutschen Grundgesetzes und an der zunehmenden Zentralisierung der EU wird der neue Text nichts ändern. Nach Ex-Bundespräsident Roman Herzog, dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, und Hans-Jürgen Papier, dem derzeitigen Präsidenten, schlägt jetzt auch Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg Alarm.

Graf Stauffenberg, der Sohn des Hitler-Attentäters vom 20. Juli 1944, war langjähriges Mitglied des Bundestages und des Europäischen Parlaments. Unter dem Titel «Lebewohl der Lemminge» (erschieden in der NZZ vom 26. Juli 2007) hat Stauffenberg einen leidenschaftlichen Aufruf verfasst, eine düstere Beschreibung der politischen EU-Realität und eine Abrechnung mit der politischen Klasse in Berlin und Brüssel. («DeutschlandBrief», August/September 2007)

Artikel ist auf www.auns.ch abrufbar.

SCHENGEN-AUSSENGRENZE UNGESCHÜTZT

Die EU hat die Patrouillen der EU-Grenzschrützer im Mittelmeer vorläufig ausgesetzt – wegen Geld- und Personalmangel! Die Kommission hofft (!), dass die Operation Nautilus wieder aufgenommen werden kann. Bereits beim Start der Mission zur Rettung von Bootsflüchtlingen hatte sich abgezeichnet, dass die meisten Mitgliedstaaten ihre Zusagen für mehr Boote und Helikopter nicht einhielten. [NZZ, 3.8.2007]

AUNS-Standpunkt: Grotesk! Genau dort, wo die grösste illegale Einwanderung stattfindet, zieht sich die EU zurück.



Und wer versteht das
starre Mehrwertsteuerkorsett
der EU?



Ernst Fischer, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA. Die DEHOGA kämpft für tiefere Mehrwertsteuersätze und bezeichnet die Schweiz als Vorbild.

MELDUNGEN AUS EU-ÖSTERREICH:

LEBENSMITTEL: SEIT EURO MASSIV TEURER

Seit dem EU-Beitritt Österreichs ist das allgemeine Preisniveau bis zum ersten Halbjahr 2007 um 24,8% gestiegen, jenes für Ernährung und alkoholfreie Getränke um 18,4%. Beobachter aus dem Lebensmittel-einzelhandel stellen zudem fest, dass bei Grundnahrungsmitteln der eigentliche Preisschub mit der Euro-Einführung eingesetzt habe.

[Vorarlberger Nachrichten, 9.8.2007]

VORARLBERGER NACHRICHTEN: «ANTEIL DER EU-GEGNER BLEIBT SEHR HOCH»

Die aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik stellt fest, dass ein Viertel der Österreicher weiterhin für den Austritt aus der EU sind. Rund 40% der Befragten halten den Beitritt nach wie vor für einen Fehler. Seit 1995 haben sich diese Werte nicht verändert.

[Vorarlberger Nachrichten, 20.8.2007]

UNO

KEIN WITZ!

Der UNO-Sonderberichterstatter für Unterkunft, der Inder Miloon Kothari, kritisiert die Schweiz wegen der Räumung der besetzten Genfer Liegenschaft Rhino. Weil die Räumung durch die Polizei bei Regen erfolgt sei und zudem schwangere Frauen und Kinder aus dem Haus gebracht worden seien, vermutet er die Verletzung von Menschenrechten. Räumungen müssten schriftlich angekündigt werden und sie dürften weder

bei Nacht noch bei schlechtem Wetter noch an Festtagen erfolgen. [gemäss sda, 27.7.2007].

UNO-BLAUHELM

Die Uno musste 700 Uno-Blauhelme suspendieren, die an der westafrikanischen Elfenbeinküste im Einsatz standen. Ihnen wird vorgeworfen, drei Jahre lang Minderjährige sexuell missbraucht zu haben. [VN, 23.7.2007]

STANDORT CH

SCHWEIZ: ZWEITWICHTIGSTER ABSATZMARKT FÜR DIE EU

Im Jahr 2006 haben die Warenexporte in die EU-Staaten mit einem Volumen von 110 Milliarden CHF zum ersten Mal die 100-Milliarden-Schwelle überschritten. 2006 wurden Produkte und Waren im Wert von 135 Milliarden CHF (+10,1%) aus dem EU-Raum in die Schweiz eingeführt. Der von der EU erzielte Handelsbilanzüberschuss in der Höhe von 25 Milliarden CHF unterstreicht dabei die Bedeutung des schweizerischen Markts für EU-Unternehmen. Die Schweiz ist nach den USA der zweitwichtigste Absatzmarkt für EU-Produkte. [Bulletin «Suisseurope», Hrsg. Integrationsbüro EDA/EVD]

	Jahr	Total	EU
		in Mio CHF	in Mio CH
Export CH	2005	156 977.3	98 735.8
	2006	177 194.9	109 894.2
Import CH	2005	149 094.3	122 760.8
	2006	165 540.1	135 149.2

[Quelle: Die Volkswirtschaft 05/2007]

MASCHINENINDUSTRIE: FORTGESETZTES WACHSTUM

Die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (Swissmem-Industrie) präsentiert ein erfreuliches 1. Semester 2007. Mit Exporten von über 38 Mrd. Franken konnte das Vorjahresergebnis um 13,6% gesteigert werden. Die Auftrageingänge der 290 MEM-Meldefirmen erhöhten sich im ersten Halbjahr 2007 um 21,6%. [Pressemitteilung vom 22.8.2007]

Gerold Bühler, FDP-Nationalrat und
Präsident economiesuisse:

STEUERERLEICHTERUNGEN SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE!

«Der interkantonale Steuerwettbewerb hat dank seiner disziplinierenden Wirkung auf die Ausgaben und dem Wettbewerb um attraktive Steuersysteme die

Konkurrenzfähigkeit und den allgemeinen Wohlstand des Landes gestärkt. Vom sogenannten ruinösen Steuerwettbewerb kann daher keine Rede sein. Ruinös war höchstens die Politik jener Länder, welche mangels Wettbewerb die Steuerspirale nach oben laufen liessen.» [aus FDP-Pressedienst Nr. 27/Juli 2007]

WAADTLÄNDER DORF BEDROHT GRANDE NATION!

Seit über 800 Jahren produziert das Waadtländer Dorf Champagne Wein. 1999 unterzeichneten die Schweiz und die EU ein Landwirtschaftsabkommen (Bilaterale 1). Dieses Abkommen beinhaltet die sogenannte Champagnerklausel: Der Name «Champagne» darf nur für französischen Schaumwein verwendet werden. Die Waadtländer dürfen demnach die Bezeichnung «Vin de Champagne» nicht mehr benutzen.

Die Weinbauern aus Champagne CH haben beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt (Recht auf Eigentum, Wirtschaftsfreiheit und Verhältnismässigkeitsprinzip), weiterhin die Bezeichnung «Vin de Champagne» benutzen zu dürfen. Der EuGH ist auf die Klage gar nicht erst eingetreten ... [NZZ, sda, BAZ, 22.8.2007]

AUNS-Standpunkt: Für die grosse EU-Politik ist «Champagne» vielleicht eine banale Sache. Aber die Sache verdeutlicht, wer in der EU befiehlt. Und wie der Bundesrat unsere Interessen vertritt.

Zwischenzeitlich abgeänderter Name: heute trägt der Wein die Bezeichnung «Libre-Champ».



WERDEN AUCH SIE MITGLIED DER AUNS

Ich trete der AUNS bei als Mitglied Ehepaar Gönner(in) oder Sympathisant(in)
Jahresbeiträge: Fr. 35.– Fr. 50.– Fr. 100.– nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, Postkonto 30-10011-5